

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 19./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Montag, dem 28.11.2016, 18.30 Uhr, in der Mehrzweckhalle Materborn

	<u>Seite</u>
1. Entwicklung der Sekundarschule	4 - 9
- Drucksachen Nrn. 499 /X. und 499a /X. -	
- Erneute Beschlussfassung aufgrund des Widerspruchs der Bürgermeisterin vom 14.11.2016 gegen den Ratsbeschluss vom 09.11.2016	
2. Mitteilungen	10
./.	
3. Anfragen	
a) Schulkonzept neue Gesamtschule und Fortschreibung Schulentwicklungsplan	10
b) Entwicklung der Karl Kisters Realschule	10

Niederschrift

über die öffentliche 19./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Montag,
dem 28.11.2016, 18.30 Uhr, in der Mehrzweckhalle Materborn

Unter dem Vorsitz der
Bürgermeisterin Northing, Sonja
sind anwesend die Stadtverordneten:

Ackeren, van, Barend	FDP
Bay, Michael	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Boskamp, Heinz	SPD
Bungert, Alexander	FDP
Cosar, Jörg	CDU
Döllekes, Fredi	SPD
Driever, Gerd	CDU
Duenbostell, Horst	SPD
Fischer, Heidi	SPD
Fischer, Wilhelm	SPD
Fuchs, Anne	Offene Klever
Gebing, Wolfgang	CDU
Geritzen, Christa	SPD
Gietemann, Josef	SPD
Goertz, Heinz	Offene Klever
Hermanns, Aloys	CDU
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Hütz, Klaus-Werner	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Janßen, Alexander	Offene Klever
Janssen, Udo	CDU
Kanders, Angelika	CDU
Kumbrink, Michael	SPD
Lichtenberger, Niklas	SPD
Liffers, Werner	CDU
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Carina	Offene Klever
Merges, Dr. Fabian	Offene Klever
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Rambach, Andreas	CDU
Ricken, Edmund	CDU
Rütter, Daniel	FDP
Sanders, Norbert	CDU
Schmidt, Joachim	CDU
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Schoofs, Christian	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Siebert, Susanne	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Tekath, Petra	SPD
Thon, Sarah	SPD
Verhoeven, Werner	CDU
Welberts, Sonja	SPD
Welberts, Stefan	SPD

Nicht anwesend:

Bucksteeg, Friedhelm

CDU

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas
Technischer Beigeordneter Rauer
Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo
Leitender Rechtsdirektor Goffin
Verwaltungsdirektorin Keyzers
Verwaltungsrätin Wier
Leiter GSK Mutz
Technischer Leiter GSK Raith
Oberamtsrätin Rennecke
Amtsrat Boltersdorf
Tariflich Beschäftigter Langenbrink
Tariflich Beschäftigte Welbers
Amtfrau Berns als Schriftführerin

Gäste:

Leitender Regierungsschuldirektor Otto

Bürgermeisterin Northing begrüßt die Anwesenden, insbesondere die zahlreich erschienenen Schülerinnen und Schüler, die Eltern sowie die weiteren Gäste. Sie weist vorab darauf hin, dass Tonband- und Filmaufnahmen sowie Beifallsbekundungen und Unmutsäußerungen nicht zulässig seien.

Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Kleve fest.

Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift über die vergangene Sitzung des Rates am 09.11.2016 ergeben sich nicht.

Zur Bürgerfragestunde gibt es keine Meldungen.

1. **Entwicklung der Sekundarschule**

- Drucksache Nr. 499 /X. -

Bürgermeisterin Northing gibt einen Rückblick über das bisherige Verfahren bis zur heutigen Sitzung des Rates. Sie erläutert die Hintergründe, die Sie dazu veranlasst hätten, Widerspruch gegen den Beschluss des Rates am 09.11.2016, zum Schuljahr 2017/2018 eine zweite Gesamtschule neu zu gründen und die Sekundarschule auslaufen zu lassen, einzulegen. Sie spricht das große Echo in der Öffentlichkeit an, dass durch die Entscheidung des Rates am 09.11.2016 ausgelöst worden sei und verweist auf die ausliegende Unterschriftenliste. Sie teilt weiter mit, dass in den vergangenen Tagen viele Gespräche geführt worden seien und dankt ausdrücklich Herrn Bay für sein Engagement. Als Ergebnis dieser Gespräche teilt sie abschließend mit, dass die Sekundarschule in eine Gesamtschule umgewandelt werde. Sie dankt allen Beteiligten, die an diesem Prozess mitgewirkt hätten.

StV. Gebing und StV. Janssen verleihen ihrer Entrüstung und ihrem Ärger darüber Ausdruck, dass die Bürgermeisterin vertrauliche Gespräche nutze, um bereits Ergebnisse zu verkündigen, die im Rat erst noch zu diskutieren seien. StV. Gebing meint zudem, dass der richtige Weg vielmehr sei, dass Verwaltung und Politik ihre Positionen darlegten, um diese evtl. am Ende der Beratung zu einem Konsens zusammenzuführen.

StV. Dr. Meyer-Wilmes bestätigt diese Ausführungen.

StV. Tekath beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um die Angelegenheit zu klären.

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen. Fortsetzung um 19.05 Uhr.

Bürgermeisterin Northing entschuldigt sich in aller Form dafür, dass sie ein mögliches Ergebnis bereits vorweggenommen und bekanntgegeben habe.

Leitender Regierungsschuldirektor Otto teilt mit, dass es sich aus Sicht der Bezirksregierung um einen sehr guten Beratungsprozess gehandelt habe, in dessen Fokus immer die Umwandlung gestanden habe und von Seiten der Bezirksregierung in Abstimmung mit der Schule positiv beschieden worden sei. Eine Umwandlung sei auch jetzt noch möglich und würde aus schulfachlicher Sicht begrüßt.

StV. Gebing äußert, dass die Bürgermeisterin zwar widerspruchsbefugt sei, er die in dem Widerspruchsschreiben enthaltenen Vorwürfe der Gemeinwohlgefährdung, der fehlenden sachgerechten und ausgewogenen Entscheidungsfindung sowie der mangelnden Fairness und Vertrauenswürdigkeit aber mit aller Entschiedenheit zurückweise. Die Entscheidung sei nach intensiver Beratung getroffen worden. Die Beratungen im Schulausschuss seien dagegen oftmals durch Fraktionsberatungen einer Fraktion unterbunden worden.

Er führt im folgenden zu den Gründen aus, die seine Fraktion immer mit Blick auf die Interessen der Schülerinnen und Schüler veranlasst hätten, eine Neugründung zu beschließen. Als Gründe nennt er die schlechte räumliche, bauliche Situation der Schulen, die eine geordnete Schulentwicklung gefährde, die Gefahr der Wahrnehmung als Etikettenschwindel sowie die nicht ausreichende Wahrnehmung der Sekundarschule durch die Grundschulen und die Nutzung für Abschlüsse der anderen weiterführenden Schulen.

Bei einer Neugründung dagegen könnte die Gesamtschule sukzessive aufgebaut werden, sei eine Oberstufe erst im Jahr 2024 zu beschulen und habe die Bezirksregierung genügend Zeit, für ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zu sorgen.

Die jetzigen Sekundarschüler könnten an dieser Schule oder an den übrigen weiterführenden Schulen ihren Abschluss machen.

Seine Fraktion habe die vergangenen Tage seit dem Widerspruch der Bürgermeisterin genutzt, um im Interesse der Kinder Gespräche mit vielen Beteiligten zu führen, um doch noch zu einer für alle Beteiligten verträglichen Lösung zu kommen. Dabei hätten sie zusätzliche Informationen erhalten, die nicht Gegenstand der Beratungen der Sitzung am 09.11.2016 gewesen seien. Die CDU-Fraktion könne sich eine Umwandlung der Sekundarschule in eine Gesamtschule vorstellen, wenn

1. gewährleistet sei, dass alle Klever Kinder an den Klever Schulen beschult würden. Im Schulausschuss habe Herr Cosar bereits dazu ausgeführt, dass eine vierzügige Gesamtschule bei Aufgabe des Standortes Bedburg-Hau gebildet werden könne.
2. sichergestellt sei, dass für eine Oberstufe der umgewandelten Gesamtschule sowie für die anderen Schulen adäquate Räumlichkeiten zur Verfügung stünden.
3. die Bezirksregierung erkläre, dass bei Bildung der Oberstufe einer Gesamtschule ausreichend Lehrpersonal mit der Fakultät Sek II zugewiesen werde.
4. die Karl Kisters Realschule im kommenden Schuljahr vierzünftig werde. Zur Beschulung aller Schülerinnen und Schüler würden neben der vierzügigen Karl Kisters Realschule die Gesamtschule Unterstadt sechszünftig, die neue Gesamtschule Oberstadt vierzünftig und das Konrad-Adenauer-Gymnasium sowie das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium dreizünftig, so dass insgesamt 20 Züge vorhanden seien. Die Festlegung der Zügigkeit einer Schule solle, soweit dies baulich möglich sei, dem Elternwillen folgen.

Abschließend bittet StV. Gebing um eine weitere Sitzungsunterbrechung, um den Vorschlag seiner sowie die Vorschläge der anderen Fraktionen beraten zu können und möglichst zu einer Lösung zu gelangen, die eine breite Zustimmung erfahren könne. Er glaube, dass ein solches Ergebnis bei entsprechenden Bemühungen der Bürgermeisterin und einer Abstimmung unter den Fraktionen auch bereits in der Sitzung des Rates am 09.11.2016 möglich gewesen wäre.

StV. Tekath stellt klar, dass in vier Schulausschusssitzungen sehr ausgiebig diskutiert worden sei und Fraktionsberatungen als legitimes Mittel erst am Ende der Debatte beantragt worden seien.

Ihre Fraktion begrüße die Widerspruchsentscheidung der Bürgermeisterin, da die Sekundarschule ansonsten nun auslaufen und eine neue Gesamtschule gegründet würde. Sie macht deutlich, dass die SPD-Fraktion die getroffene Entscheidung immer als schädlich befunden habe, da es für eine neu zu gründende Gesamtschule keine Basis wie eine Schulleitung oder ein Konzept gebe. Die Umwandlung der Sekundarschule sei aus

Sicht ihrer Fraktion alternativlos. Alle Beteiligten hätten das Konzept der Sekundarschule stets für gut befunden. Hinsichtlich der zu Recht angesprochenen baulichen Probleme sollten kreative Ideen, wie z.B. die Prüfung der Unterbringung im Interimsrathaus, entwickelt werden, um den derzeit schlechten Zustand überbrücken zu können.

Sie sei davon überzeugt, dass ausreichend Lehrpersonal von der Bezirksregierung zugewiesen werde, da eine Gesamtschule deutlich attraktiver sei und bereits jetzt 20 % des Lehrpersonals die Sek II-Fakulta vorwiesen.

Der Elternwille sei sehr deutlich geworden. Ein Oberstufenkonzept liege mittlerweile vor. Sie glaube, dass alle Beteiligten zu einer gemeinsamen richtigen Lösung finden würden. Auch sie spricht sich für eine weitere Sitzungsunterbrechung aus.

StV. Dr. Meyer-Wilmes äußert, dass alle Beteiligten zum Wohle der Kinder eine Lösung finden wollten. Dabei spreche einiges für eine Umwandlung, aber genauso vieles für eine Neugründung.

Sie weist darauf hin, dass jede Mahnung ihrer Fraktion zur baulichen Situation nicht ernst genommen worden sei. Ihre Fraktion habe sich immer für die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans ausgesprochen, um Entscheidungen nicht unter Druck treffen zu müssen, wie es nun der Fall sei.

Der Sekundarschule sollte mit der Neugründung ein Neuanfang ermöglicht werden. Die Bürgermeisterin habe den Widerspruch aus Sicht der Betroffenen eingelegt. Ein einmaliges Ereignis, wenn dies voraussetze, dass die Beteiligten das Gemeinwohl gefährdeten.

Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN könne einer Umwandlung zustimmen, wenn die Gesamtschule zur Attraktivitätssteigerung vierzünftig an einem Standort errichtet werde. Die vergangenen Anmeldezahlen für die Sekundarschule hätten gezeigt, dass der Standort Bedburg-Hau nicht zu halten sei. Die Aufgabe dieses Standortes führe auch dazu, dass die Bürgermeisterin die Zügigkeiten der übrigen Schulen anpassen könne, in dem die Karl Kisters Realschule vierzünftig werde und die Züge der Gesamtschule Unterschule erhöhe würden. Des Weiteren fordere ihre Fraktion eine Alternativlösung für die Gebäudeproblematik.

StV. Dr. Merges teilt mit, dass Ziel seiner Fraktion immer die Umwandlung der Sekundarschule in eine Gesamtschule gewesen sei.

Der Aufgabe des Standortes Bedburg-Hau könne seine Fraktion zustimmen. Zur räumlichen, baulichen Situation bittet er den Technischen Beigeordneten Rauer um Stellungnahme. Da es an der Sekundarschule bereits acht Lehrer mit Sek II-Fakulta gebe, sei er optimistisch, dass weiteres qualifiziertes Lehrpersonal gefunden werde.

Die beschlossene Dreizügigkeit der Karl Kisters Realschule solle mit der möglichen Ausnahmegenehmigung der Bürgermeisterin bestehen bleiben. Dagegen solle die Gesamtschule Oberstadt als fünfzügige Schule errichtet werden.

Einer weiteren Sitzungsunterbrechung stimme er ebenfalls zu.

StV. Rütter führt aus, dass seine Fraktion sich immer dafür ausgesprochen habe, die Sekundarschule weiterarbeiten zu lassen, wobei sie die zwei Standorte immer als kritisch angesehen habe. Von einer Umwandlung sei sie nach wie vor nicht überzeugt. Sie sei skeptisch, dass dauerhaft genügend Schülerinnen und Schüler vorhanden seien, um eine Oberstufe realisieren zu können. Der Umwandlung könne seine Fraktion aber zustimmen, wenn der Standort Bedburg-Hau aufgegeben werde. Eine Chance habe die neue Gesamtschule dann, wenn sie der bestehenden Gesamtschule ebenbürtig werde und eine weitere Regulierung über die Zügigkeiten erfolge, in dem die Nachfrage nicht durch eine Verknappung generiert werde. Sofern eine Anpassung der Zügigkeiten erfolge, könne seine Fraktion einer Umwandlung zustimmen.

StV. Bay bittet Herrn Otto um Darstellung der Vor- und Nachteile einer neugegründeten oder umgewandelten Gesamtschule.

Leitender Regierungsschuldirektor Otto erklärt, dass bei Neugründung einer Gesamtschule lediglich 12 bis 24 Monate Zeit blieben, diese Schule zu entwickeln. Aus schulfachlicher Sicht sei die Sekundarschule auf einem guten Niveau und biete alle Möglichkeiten und das erforderliche Fundament für die Umwandlung in eine zweite Gesamtschule. Die Konzeptarbeit werde bereits durchgeführt. Er glaube, dass die Schule eine Umwandlung leisten könne. Eine Oberstufe sei ab dem Schuljahr 2018/2019 zu beschulen, so dass im Rahmen der folgenden Einstellungszyklen genügend Lehrpersonal zugewiesen und ein guter Übergang in die Klasse 11 gewährleistet werden könne.

StV. Bay hält dem entgegen, dass bei einer Neugründung fünf Jahre Zeit blieben, um das erforderliche Lehrpersonal zuzuweisen. Er bittet Herrn Otto deutlich zu machen, dass die Bezirksregierung dieses Einstellungsverfahren entsprechend steuern könne.

Leitender Regierungsschuldirektor Otto antwortet, dass die Bewirtschaftung dieser Stellen bei der Bezirksregierung angesiedelt sei. Bei Umwandlung der Sekundarschule müsse der Anteil der Lehrer mit Sek II-Fakultas auf 40 % angehoben werden. Für das Schuljahr 2018/2019 werde allerdings nur eine Stellenzuweisung für einen Jahrgang 11 benötigt. Dies könne die Schule bereits jetzt leisten. Für die Bezirksregierung sei dies eine machbare Aufgabe.

StV. Dr. Meyer-Wilmes möchte wissen, ob die Errichtung einer fünfzügigen Gesamtschule Oberstadt Auswirkungen auf laufende Vergabeverfahren habe.

Technischer Beigeordneter Rauer sagt zunächst eine ausführliche Sachverhaltsdarstellung für die kommende Schulausschusssitzung zu. Die Lösungen der beteiligten Architekten könnten kombiniert und dadurch der Bedarf, also die Unterbringung der Gesamtschule Oberstadt in dem Gebäude an der Hoffmannallee, realisiert werden. Die Bautätigkeiten könnten in mehreren Abschnitten erfolgen. Ausschlaggebend bei einer Entscheidung sollte aber nicht der Planungsstand, sondern eine tragfähige Lösung sein.

StV. Bay macht deutlich, dass er Planungssicherheit für die Gesamtschule Rindern erwarte. Die Stadt habe die Verpflichtung, den dritten Pädagogen zu stellen. Er fragt nach einem ungefähren Zeitplan für die Gesamtschule Rindern.

Erster Beigeordneter Haas verweist ebenfalls auf eine Berichterstattung in der kommenden Sitzung des Schulausschusses. Die Verwaltung werde klare Vorstellungen vorlegen, um zu einer vernünftigen Lösung zu gelangen.

Zu den thematisierten Zügigkeiten teilt Bürgermeisterin Northing mit, dass sie eine vierzügige Karl Kisters Realschule nicht ablehne. Bei der derzeitigen räumlichen Situation könne die Karl Kisters Realschule, auch mit Blick auf eine inklusive Beschulung, eine Vierzügigkeit aber nicht leisten. Stattdessen müsste konsequent über eine räumliche Erweiterung nachgedacht werden.

Sie habe zugesagt, dass sie auf Grundlage der Anmeldezahlen, eine konstruktive Lösung finden werde. Eine mögliche Entscheidung könne sie aber am heutigen Tage nicht zusagen.

An Herrn Otto richtet sie die Frage, wie viele Züge für die zweite Gesamtschule Sinn machten.

Leitender Regierungsschuldirektor Otto rät dazu, die zweite Gesamtschule mindestens fünfzügig zu errichten, da die Klassengröße aufgrund der inklusiven Beschulung reduziert worden sei. Sollten die Anmeldezahlen eine Fünfzügigkeit nicht abbilden, könnten auch nur vier Züge gebildet werden.

StV. Heyrichs fragt, von welcher Gesamtzahl an Zügen ausgegangen werden sollte.

Erster Beigeordneter Haas erläutert, dass der anlassbezogene Schulentwicklungsplan von 20,3 Zügen ausgehe. Daher sollte die Gesamtschule Oberstadt zunächst fünfzünftig errichtet werden und die Zügigkeit der Gesamtschule Rindern evtl. zu einem späteren Zeitpunkt auf sechs Züge angehoben werden müsse, so dass es 20 Züge an den weiterführenden Schulen gebe. Mit einer möglichen Ausnahmegenehmigung im kommenden Jahr gebe es dann 21 Züge.

StV. Merges spricht sich für die Errichtung einer fünfzügigen Gesamtschule Oberstadt aus. Über die Zügigkeit der Karl Kisters Realschule solle zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal im Schulausschuss beraten werden.

Die Sitzung wird um 20.06 Uhr unterbrochen. Fortsetzung um 20.50 Uhr.

Bürgermeisterin Northing verliest folgenden möglichen Beschlussvorschlag, auf den sich die Beteiligten in der Sitzungsunterbrechung geeinigt hätten:

"Der Rat der Stadt Kleve beschließt:

1. Gemäß § 81 Abs. 1 Schulgesetz NRW wird die Sekundarschule Kleve, Schul-Nr. 196769, zum 01.08.2017 in eine Gesamtschule umgewandelt.
2. Die Gesamtschule soll dauerhaft am Standort Kleve, Hoffmannallee 15, und vorübergehend am Standort Ackerstraße 80 in Kleve entstehen.
3. Gemäß § 82 Abs. 7 Schulgesetz NRW wird die Zügigkeit der Sekundarstufe der Gesamtschule Oberstadt auf fünf festgesetzt.
4. Die Gesamtschule wird inklusiv (mit gemeinsamem Lernen) und im gebundenen Ganztags gebildet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Raumprogramm zu erstellen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Gemeinden Bedburg-Hau und Kranenburg zu schließen.

Im Übrigen nimmt der Rat zur Kenntnis,

- dass eine angemessene Stellenbesetzung durch die Bezirksregierung gewährleistet wird.
- dass für das Schuljahr 2017/18 die Bürgermeisterin vorrangig vier Eingangsklassen für die Karl Kisters Realschule festsetzen wird, sofern die Anmeldezahlen dies gewährleisten.

Der Rat setzt voraus, dass 21 Züge für die weiterführenden Schulen notwendig sind."

StV. Schmidt stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, um eine persönliche Erklärung abzugeben. Er führt aus, dass er nunmehr in der fünften Wahlperiode in einer Direktwahl in den Rat der Stadt Kleve gewählt und zu Beginn jeder Wahlperiode zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben zum Wohle der Gemeinde verpflichtet worden sei. Das ihm durch die Wahlen entgegengebrachte Vertrauen sei für ihn von großer Bedeutung. Den Widerspruch der Bürgermeisterin habe er am 14.11.2016 stellvertretend für den Rat entgegen genommen. Mit dem Widerspruchsschreiben werde ihm mitgeteilt, dass er durch seine Abstimmung am 09.11.2016 das Wohl der Gemeinde gefährdet habe. Dies empfinde er als ehrabschneidend. Der Widerspruch enthalte weitere Zumutungen. Er sehe in den vorgebrachten Vorwürfen einen Angriff auf seine Integrität

sowie die Integrität von Teilen des Rates. Er hoffe, dass das Instrument des Widerspruchs ein einmaliger Vorgang bleibe.

Dem modifizierten Beschlussvorschlag, der Ausdruck des Einigungswillens aller Fraktionen sei, werde er nach Abwägung aller Umstände zustimmen.

StV. Kanders gibt eine persönliche Erklärung ab. Sie sei 1999 und in den folgenden Wahlperioden in den Rat der Stadt Kleve gewählt worden und habe sich im Rahmen ihrer Vereidigung dem Wohle der Stadt Kleve verpflichtet. An diesen Grundsatz habe sie sich stets gehalten. Die in dem Widerspruch der Bürgermeisterin enthaltenen Vorwürfe weist sie mit Entschiedenheit zurück. Sie freue sich, dass in der heutigen Sitzung eine vernünftige Lösung gefunden worden sei, der sie ihre Zustimmung erteilen werde.

StV. Driever gibt eine persönliche Erklärung ab. Augenmaß und Respekt seien gute Bestandteile der bisherigen Zusammenarbeit gewesen. Dieses vermisse er jedoch immer häufiger und er ärgere sich über juristisch durchgesetzte Meinungen. Er mahnt alle Beteiligten dazu an, bodenständiger zu werden und den Dialog zu suchen. Der in der heutigen Sitzung erarbeitete modifizierte Beschlussvorschlag sei ein Anfang. Da ein respektvoller Umgang nicht mehr selbstverständlich sei, bittet er diesen künftig zu pflegen. Er bestreitet, jemals wissentlich gegen das Wohl der Stadt Kleve verstoßen zu haben.

StV. Janssen gibt eine persönliche Erklärung ab. Er sei seit 1994 im Rahmen einer Direktwahl in den Rat der Stadt Kleve gewählt worden. Als Jurist sei er besonders verpflichtet. Er habe sich immer zum Wohle der Stadt geschworen. Den Vorwurf der Gemeinwohlgefährdung weise er daher aufs entschiedenste zurück. Selbst bei einer seinerzeitigen Abstimmung mit 23 zu 22 Stimmen sei niemals das Gemeinwohl in Frage gestellt worden. Dieser Vorwurf der Bürgermeisterin habe ihn entsetzt. Sie hätte sich vielmehr des § 43 der Gemeindeordnung bedienen sollen, da dann eine gerichtliche Überprüfung hätte vorgenommen werden können.

Er freue sich, dass doch noch eine Lösung gefunden worden sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig:

1. Gemäß § 81 Abs. 1 Schulgesetz NRW wird die Sekundarschule Kleve, Schul-Nr. 196769, zum 01.08.2017 in eine Gesamtschule umgewandelt.
2. Die Gesamtschule soll dauerhaft am Standort Kleve, Hoffmannallee 15, und vorübergehend am Standort Ackerstraße 80 in Kleve entstehen.
3. Gemäß § 82 Abs. 7 Schulgesetz NRW wird die Zügigkeit der Sekundarstufe der Gesamtschule Oberstadt auf fünf festgesetzt.
4. Die Gesamtschule wird inklusiv (mit gemeinsamem Lernen) und im gebundenen Ganztags gebildet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Raumprogramm zu erstellen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Gemeinden Bedburg-Hau und Kranenburg zu schließen.

Im Übrigen nimmt der Rat zur Kenntnis,

- dass eine angemessene Stellenbesetzung durch die Bezirksregierung gewährleistet wird.
- dass für das Schuljahr 2017/18 die Bürgermeisterin vorrangig vier Eingangsklassen für die Karl Kisters Realschule festsetzen wird, sofern die Anmeldezahlen dies gewährleisten.

Der Rat setzt voraus, dass 21 Züge für die weiterführenden Schulen notwendig sind.

2. **Mitteilungen**

./.

3. **Anfragen**

a) Schulkonzept neue Gesamtschule und Fortschreibung Schulentwicklungsplan

StV. Dr. Meyer-Wilmes fragt, ob es bis zum Eintritt in die Oberstufe der neuen Gesamtschule im Jahr 2018 möglich sei, ein ausgereiftes Schulkonzept für die neue Gesamtschule sowie einen fortgeschriebenen Schulentwicklungsplan vorzulegen.

Bürgermeisterin Northing sagt einen Bericht in der kommenden Sitzung des Schulausschusses zu.

b) Entwicklung der Karl Kisters Realschule

StV. Gebing möchte wissen, ob die Nachfrage zur Karl Kisters Realschule in dem fortzuschreibenden Schulentwicklungsplan aufgegriffen werde. Er vergewissert sich zudem, dass bei anhaltend starker Nachfrage im kommenden Jahr auch über bauliche Erweiterungen der Karl Kisters Realschule nachgedacht bzw. beraten werde.

Bürgermeisterin Northing sagt dies zu.

Ende der Sitzung: 21.06 Uhr

(Northing)
Bürgermeisterin

(Berns)
Schriftführerin